

PRESSEMITTEILUNG

Hessen

Mehrfachbeschäftigung steigt: Wir brauchen armutsfeste Löhne in Hessen!

Frankfurt, 1. März 2019

Anlässlich der Veröffentlichung der Bundesagentur für Arbeit zu den Arbeitsmarktzahlen im Februar erklärt Michael Rudolph, Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen:

„Nach wie vor profitieren längst nicht alle von der insgesamt guten Lage am Arbeitsmarkt. Dieser ist tief gespalten. Fast jeder zehnte Beschäftigte – das sind 9,2 Prozent – hat einen Nebenjob in Hessen, um über die Runden zu kommen. Dabei handelt es sich meist um ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis. Besorgniserregend ist vor allem, dass die Anzahl der Mehrfachbeschäftigten seit Jahren kontinuierlich zunimmt.“ Gingen 2008 noch etwa 175.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in Hessen mindestens einer weiteren Beschäftigung nach, ist die Zahl zehn Jahre später auf über 253.000 gestiegen.

„Zwar hat die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns 2015 die Einkommenssituation vieler Beschäftigter verbessert, aber von armutsfesten Löhnen sind immer noch Viele weit entfernt“, so Michael Rudolph. „Das liegt in erster Linie an einer stetig abnehmenden Tarifbindung der hessischen Unternehmen. 42 Prozent der Beschäftigten wird der ausgehandelte Tariflohn von ihrem Arbeitgeber verweigert. Verschiedene Studien zeigen aber, dass Beschäftigte, die von Tarifverträgen profitieren, deutlich mehr verdienen, als Beschäftigte in Betrieben ohne Tarifbindung. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Die Politik kann tätig werden, indem sie das Verfahren – nach dem Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden – vereinfacht, und das Veto-Recht der Arbeitgeber kippt.“ Außerdem müssen tarifgebundene Betriebe bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und der Wirtschaftsförderung bevorzugt werden.

Höhere Löhne führen zu einer Zurückdrängung der belastenden und unsicheren Mehrfachbeschäftigung: „Wer arbeitet, muss davon auch leben können. Neben einer Steigerung des allgemeinen Lohnniveaus müssen prekäre Beschäftigungsformen, wie Minijobs oder befristete Arbeitsverträge, wirksam eingedämmt werden – nur so kommt die allgemein positive Entwicklung am Arbeitsmarkt bei allen an“, so der Gewerkschafter.

Bezirkspressestelle

PM 13

Hanna Hoeft

Pressesprecherin
Presse und Öffentlichkeitsarbeit

hanna.hoeft@dgb.de

Telefon: 069 273005-52
Telefax: 069 273005-55

hh/nf

Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77
60329 Frankfurt

hessen-thueringen.dgb.de